

Hanna Kozińska-Witt

## JÜDISCHE STADTVERORDNETE IN DEN MUNIZIPALEN SELBSTVERWALTUNGEN DER ZWEITEN POLNISCHEN REPUBLIK: KRAKAU, POSEN UND WARSCHAU. EINE BILANZ DER ERSTEN „KRAKAUER“ PROJEKTPHASE<sup>1</sup>

In diesem Artikel fasse ich Befunde zusammen, die ich in einem Projekt erarbeitete, das die Teilnahme der Juden an den Stadtparlamenten der oben genannten Städte analysierte.<sup>2</sup> Diese Zusammenfassung erfolgt in vier Schritten.

*Erstens:* möchte ich erklären, warum das Thema so und nicht anders formuliert wurde. *Zweitens:* stelle ich die Voraussetzungen der jüdischen Aktivitäten in den kommunalen Stadtparlamenten vor. *Drittens:* gehe ich auf die Wahl von Krakau als eines der Untersuchungsobjekte näher ein, *viertens:* stelle ich Befunde bezüglich des Krakauer Stadtparlaments vor.

Da die Untersuchungsergebnisse in einer Monographie publiziert werden sollen, schränke ich mich an dieser Stelle bei den Literaturangaben auf ein Minimum ein. Dafür zitiere ich alle Beiträge, die im Umfeld der Projektarbeit entstanden sind.

### I.

Die wissenschaftliche Literatur unterstreicht normalerweise, dass diasporische Juden kein Interesse an den politischen Aktivitäten der Mehrheitsbevölkerung ihrer Verbleibländer gehegt haben sollen.<sup>3</sup> Die einzige Ausnahme davon haben die Aktivitäten in den politischen Gremien höheren Rangs, wie Staatsparlamente, oder aber die Leitungsgremien der politischen Parteien gebildet. Das eigentliche Betätigungsfeld der jüdischen politischen Aktivisten seien ausschließlich die jüdischen Gemeinden gewesen, ihre Verwaltungen und jüdische Parteien samt jüdischen Vereinen. In den Organen der politischen Gebiets selbstverwaltung seien Juden abwesend gewesen, und falls sie dort doch aktiv waren, dann nur, um die antisemitischen Übergriffe der Mehrheitsbevölkerung zu verhindern und die jüdische Bevölkerung vor der Diskriminierung zu schützen.

Diese Thesen widersprachen jedoch Befunde meines früheren Forschungsprojekts, in dem ich u.a. das Selbstverständnis und die Tätigkeit der polnischen städtischen Selbst-

<sup>1</sup> Ich bedanke mich herzlich bei Grit N. Scheffer für die sprachliche Überarbeitung dieses Beitrags.

<sup>2</sup> Das Projekt wurde von der DFG großzügig finanziert, es ist am Simon-Dubnow-Institut in Leipzig 2005–2007 und 2008–2009 durchgeführt worden.

<sup>3</sup> Kozińska-Witt 2008: 189–213.

stverwaltungen in der Zwischenkriegszeit analysiert habe.<sup>4</sup> Die Programmatik und die Aktivitäten der untersuchten Stadtparlamente in Krakau aber auch in Warschau zeugten eindeutig davon, dass die Tätigkeit in den Stadtparlamenten gesellschaftlich hoch angesehen war und dass man dem Stadtdeputierten mit großem Respekt begegnete. Nach dem Umsturz von Józef Piłsudski im Mai 1926, als man das Staatsparlament mit Manipulationen gleichschaltete und somit diese übergeordnete politische Ebene immer mehr an Bedeutung einbüßte, wuchs dagegen stufenweise die Bedeutung der Gebiets selbstverwaltung. Nach dem Tod von Piłsudski im Jahr 1935 und während des Machtkampfes unter seinen Nachfolgern hat die Opposition die Selbstverwaltung sogar zum Retter der Demokratie und dem Reservoir der politischen Authentizität hochstilisiert. In der Presse wurde dazu aufgerufen, dass man sich in der Selbstverwaltung betätigen möge, damit die oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung zum Ausdruck gebracht werden könne. Ein Ausdruck der „gesellschaftlichen Authentizität“ seien die letzten Kommunalwahlen zu Stadtparlamenten im Jahre 1938 gewesen, die die oppositionellen Parteien gewannen. Falls sich also jüdische Politiker tatsächlich für die Aktivitäten in den Selbstverwaltungen nicht interessierten und die allgemeinen Wahlemotionen nicht teilten, wären sie im polnischen Staat eine absolute Ausnahme gewesen. Es wäre einerseits ein Beweis dafür, dass sie sich in einem gesellschaftlichen Vakuum und in einer kompletten Isolation befanden, andererseits wäre dies ein Beweis für das Fehlen jeglicher Integrationsabsichten.

Dies stimmte zwar mit dem in der Literatur vermittelten Bild der gegenseitigen Verhältnisse überein, erweckte jedoch gleichzeitig den Verdacht einer intendierten Ideologisierung. Die These vom Mangel am Interesse für die politische Tätigkeit in den Selbstverwaltungen schien durch die Dominanz der nationalen Historiographien geprägt und mit dem Bestreben nach eindeutigen, nationalen Identifikationen verbunden, die für das „nationale Zeitalter“ charakteristisch waren. Während polnische Historiker vor allem die Geschichte der Polen betrieben und dabei auch die der „jüdischen Polen“ mit einschließen, um bei dieser Gelegenheit auf die Attraktivität der polnischen Kultur und deren große Assimilationsmöglichkeiten hinzuweisen, beschäftigten sich die zionistischen, oder aber jüdisch-nationalen Historiker mit den Themen, die vor allem die Attraktivität der modernen nationalen jüdischen Kultur präsentierten und arbeiteten dabei diese Aspekte heraus, die allein nur Juden betrafen.<sup>5</sup> So hat man sich vorwiegend auf die Aktivitäten innerhalb der jüdischen Gemeinde konzentriert. Die jüdische Gemeinde war auch deswegen ein bevorzugter Untersuchungsgegenstand, da man diese als eine Keimzelle des Nationsbildungsprozesses und eine Etappe auf dem Weg zur Gründung des jüdischen Staates ansah. Bei dieser historiographischen Arbeitsteilung und – ausrichtung sind die Aktivitäten der „Mischzone“ unter den Tisch gefallen. Sie wurden sogar als eine tragische Abweichung, als eine „Zwischenzone und gleichzeitig Niemandsland“ betrachtet. Diese thematische Hierarchisierung wurde nur von den sozial-wirtschaftlichen Untersuchungen gestört, die beide Gesellschaftsgruppen miteinander verflochten und zusammen analysierten.

Das nationale Auseinanderdividieren der Forschungsinteressen war meines Erachtens nicht allein den Sprach- und Kulturkompetenzen geschuldet. Es wuchs aus der

<sup>4</sup> Kozińska-Witt 2009.

<sup>5</sup> Sehr charakteristisch ist die Konstruktion der separaten Milieus und getrennt erlebten Geschichte in Opalski, Bartal 1992.

Überzeugung heraus, dass die beiden Gruppen sehr unterschiedlich, vielleicht sogar inkompatibel sind. Deswegen setzte man voraus, dass es entweder gänzlich an den Integrationsbemühungen gefehlt habe, oder aber die Integrationsstrategien versagen müssten. Deutlich wurde dies von Ezra Mendelson formuliert: „In Poland, as is well known, there was no Jewish “integrationists“ political force to speak of, and that is no wonder given the fact that most Poles did not think of Jewish integration as possible or desirable“.<sup>6</sup>

Da sich Mendelson vor allem mit Kongresspolen beschäftigte, seine Thesen aber auf das ganze Polen erstreckte, sollte man als erstes untersucht haben, ob eine solche Generalisierung zulässig sei. Auch allein deswegen, weil Antony Polonsky in seinen jüngeren Arbeiten z.B. in dem im Jahr 2009 verfassten Beitrag für die YIVO Encyclopedia von, wenn auch letzten Endes gescheiterten, Integrationsstrategien in den polnischen Ländern spricht.<sup>7</sup> Dabei soll unterstrichen werden, dass Polonsky u.a. auch Galizien behandelte. Vielleicht wäre dies ein Hinweis auf die regionale Dimension des Integrationismus zu verstehen? Geschieht die wahre Integration nicht ausschließlich in konkreten Orten, die zur „privaten Heimat“ erklärt werden? Vielleicht sollte man zuerst die Situation in jedem ehemaligen Teilungsgebiet untersuchen, die Befunde vergleichen und erst nach diesem Vergleich eine allgemeine These wagen?

Die Wahl der kommunalen Selbstverwaltung, verstanden als eine Sphäre der möglichen Integration, ist der Tatsache geschuldet, dass in diesen kommunalen Foren Vertreter aller lokalen Gruppen anwesend sein konnten, falls sie nur genug respektiert waren, um gewählt zu werden. Die Stadtparlamente sind deswegen in dieser Untersuchung als lokale Arenen zu verstehen, wo die Angelegenheiten und Interessen präsentiert, Lösungen ausgehandelt und Kompromisse geschlossen werden konnten. Sie bilden also eine Arena der Aushandlungsprozesse mit jeweils offenem Ausgang.

## II.

Die Geschichte der Juden in den municipalen Selbstverwaltungen fing in Ostmitteleuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an. Die Rechtslage bezüglich der jüdischen Bevölkerung war in jedem Teilungsgebiet unterschiedlich. Im österreichischen und preußischen Teilungsgebiet wurden Juden um die Mitte des Jahrhunderts stufenweise gleichberechtigt – in den sechziger Jahren war dieser Prozess vollendet. In dieser Zeit wurden auch Juden im Kongresspolen formal gleichberechtigt, was jedoch partiell rückgängig gemacht wurde.

Die Rechtslage der Selbstverwaltung unterschied sich in jedem Teilungsgebiet. Man könnte es mit einer These verbildlichen, dass sich in den polnischen Ländern Mitteleuropa und Osteuropa begegneten. Mitteleuropa wäre so vom österreichischen und preußischen Teilungsgebiet repräsentiert, Osteuropa befände sich in Kongresspolen. Die Provinzen Posen und Galizien verfügten über ausgebauten Selbstverwaltungsstrukturen,

---

<sup>6</sup> Mendelson 1989: 9–19, hier besonders 19. Mendelson hat später seine ursprüngliche Meinung revidiert, siehe Mendelson 2007: 13–51.

<sup>7</sup> [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Relations\\_between\\_Jews\\_and\\_Non-Jews/Historical\\_Overview](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Relations_between_Jews_and_Non-Jews/Historical_Overview)

deren Entwicklung vom liberalen Reformator Laurenz vom Stein und seiner „Städteordnung“ (1808) vorangetrieben worden war. Die Basis dieser Selbstverwaltung bildete die Zensuswahlordnung, die den Zugang zur Stadtadministration den Besitzenden und den Gebildeten vorenthielt und dabei die Immobilienbesitzer privilegierte. Diese Selbstverwaltung war von Anfang an unabhängig von der Staatsverwaltung und genoss eine breite Autonomie. Diese Autonomie wurde mit der Zeit immer mehr beschnitten, vor allem wuchs die finanzielle Abhängigkeit der Selbstverwaltung vom Staat, da sich nur mit seiner Unterstützung große zivilisatorische Investitionen tätigen ließen: Eingemeindungen oder aber Verbesserungen der städtischen Infrastruktur und Hebung des Gesundheitsniveaus. Trotz wachsender Abhängigkeit vom Staat wurde die Selbstverwaltung weiterhin als eine autonome liberale Institution verstanden. Alle interventionistischen Versuche wurden sehr ungern geduldet und aufs Schärfste bekämpft – die alten kommunalen Eliten versuchten aktiv ihre herausgehobene Stellung in „eigenen“ Städten zu verteidigen.

Kongresspolen verfügte dagegen über keine municipale Selbstverwaltung, denn die Machthaber befürchteten, dass diese von Polen dominiert würde. Die Städte wurden von den exekutiven *Magistraty* verwaltet, die im großen Grad von der Staats- und Militärverwaltung abhängig waren. Nach der Revolution im Jahr 1905, im Rahmen der allgemeinen Liberalisierung des Zarenreiches, als man Polen und die Vertreter anderer Nationen den Eintritt zur *Duma* gewährte, wurde im Zarenreich ernsthaft erwogen, ob man den Städten in Kongresspolen doch nicht eine Selbstverwaltung zugestehen sollte. Diese Projekte sahen eine Struktur vor, die aus nationalen Kurien bestand. Damit wollte man die wenigen Russen bevorzugen, denn nur so konnten sie eine große Anzahl der vorgeschriebenen Sitze gewinnen. Von Anfang an war klar, dass eine so konstruierte Selbstverwaltung eine Bühne der Nationalkonflikte werden würde. (Die Konflikte dieser Art waren dagegen in den anderen Teilungsgebieten kaum sichtbar, denn sie wurden durch den nationalen Kommunalliberalismus und durch die ihm immanente Betonung des Besitzes und der Bildung neutralisiert.) Trotz der lebendigen Diskussionen wurde schließlich in Kongresspolen die Selbstverwaltung doch nicht eingeführt. Zu deren Entstehung kam es erst während des Ersten Weltkrieges, diesmal unter deutscher Besatzung. Die von den Deutschen eingeführte Selbstverwaltung verband Elemente des liberalen Zensus mit denen der Nationalkurien, da nach diesen beiden Prinzipien gewählt wurde.

Die oben dargestellten Unterschiede im Selbstverständnis und der Praxis der Selbstverwaltung wurden auf die Zweite Polnische Republik übertragen. Da die Staatseliten mit der Modernisierung anderer Rechtsgebiete beschäftigt waren, denen man höhere Priorität zusprach, haben sie sich mit der juristischen Vereinheitlichung der Selbstverwaltungsordnung Zeit gelassen (wie auch mit Zivilrecht). Die notwendige Modernisierung der Verwaltung wurde mit den Dekreten und Verordnungen angetrieben, die manchmal im Widerspruch zu dem immer noch geltenden Recht der Teilungsmächte standen.

Am bedeutendsten wurde das Partizipationsrecht durch die Demokratisierung verändert. In Posen wurde 1919 die Wahlordnung zur Selbstverwaltung demokratisiert, was die Polonisierung dieser Institution bedeutete, da man durch die Demokratisierung die bisherige Privilegierung von Deutschen und germanisierten Juden beendete.<sup>8</sup> Am dra-

---

<sup>8</sup> Kozińska-Witt 2011a.

matischsten hat sich die Lage in Kongresspolen verändert, da man dort überhaupt eine bis dahin nicht existierende Selbstverwaltung eingeführt hatte. Die neu konstituierten Gremien wurden von Anfang an eine Bühne der Artikulationswut und der verbissenen Parteikämpfe, die mit Unerfahrenheit der hiesigen Kommunalpolitiker und mit der ungewohnten Meinungs- und Versammlungsfreiheit erklärt wurden.<sup>9</sup>

Da die politische Situation Galiziens aus der Perspektive des Warschauer Zentralismus stabil und geordnet schien – denn deren Selbstverwaltungsorgane blieben über den Krieg hinaus leistungsfähig, im ehemaligen Kongresspolen dagegen musste man die Selbstverwaltungsstrukturen überhaupt erst schaffen, und in Posen wurden die alten Strukturen durch den Massensexodus der deutschen Beamten stark dezimiert – wurde daher die Selbstverwaltung in Krakau „eingefroren“ und deren notwendige Modernisierung auf undefinierte Zeit verschoben. Das Krakauer Stadtparlament wurde das letzte Mal im Jahre 1913 durch partielle Wahlen erneuert, der durch den morbiden Schwund bedingte Ausfall wurde mit den weiter platzierten Kandidaten aus den Wahllisten von 1913 ergänzt. Auf diese Art und Weise überdauerte die liberale Zensusstruktur bis 1933, als man mit dem sogenannten Vereinheitlichenden Gesetz [ustawa scaleniowa] eine allgemeine juristische Basis für die ganze polnische Selbstverwaltung schuf. Dieses Gesetz demokratisierte und uniformierte die Selbstverwaltung. Gleichzeitig wurden aber weitere Gesetze angekündigt, die die Stadtstatuten der Großstädte individualisieren sollten, damit diese ihre besonderen Potentiale, z.B. im Steuerwesen, besser nutzen konnten. Daher wurde der Regionalismus im polnischen Selbstverwaltungswesen durch die rechtliche Vereinheitlichung mitnichten beseitigt.

Diese einführenden Anmerkungen zur der allgemeinen Situation der Selbstverwaltung in der Zweiten Polnischen Republik sollten den Hintergrund für die eigentliche Thematik dieses Artikel, die Teilnahme der Juden an den Selbstverwaltung, beleuchten. Ebendiese Teilnahme hing nämlich von den regionalen Konditionen ab, die ihre Wurzel in der Teilungszeit hatten. Schon gleich am Anfang der Projektarbeit konnte der These vom Desinteresse der Juden an der Kommunalpolitik widersprochen werden. So bewies z.B. Gershon Bacon in seinem Buch über das Politikverständnis der orthodoxen Juden in der Zweiten Polnischen Republik, dass es durchaus eine talmudische Tradition gab, die die Juden zur Teilnahme an der säkularen regionalen Politik ermunterte.<sup>10</sup> Viel mehr: Juden, die solche Aktivitäten ausübten und zu entsprechenden Ämtern gelangten, genossen einen großen Respekt ihrer Glaubensgenossen. Gertrud Pickhan, Verfasserin eines Werkes über den Bund, unterstrich die große Bedeutung der Kommunalpolitik im Selbstverständnis seiner Aktivisten. Dies hing mit den postulierten positivistischen „Arbeiten an der Basis“ zusammen, deswegen maß man den regionalen, konkreten Aktionen größere Bedeutung bei als den „abstrakten“ Aktivitäten auf den übergeordneten Ebenen, wie im Staatsparlament.<sup>11</sup> Andere nicht-religiösen Milieus, wie z.B. Zionisten, ließen sich vom Baseler Programm leiten, wo ein Passus die Bedeutung der sogenannten *Ge-genwartsarbeit* unterstrich.<sup>12</sup> Damit wurden die Aktivitäten gemeint, die auf eine Verbesserung der Situation der Juden in der Diaspora abzielten. Solches Engagement war nicht

---

<sup>9</sup> Kozińska-Witt 2011b.

<sup>10</sup> Bacon 1992: 39–59; Bacon 1996.

<sup>11</sup> Pickhan 2001.

<sup>12</sup> Nešemmann 2005: 147–171, hier besodners 151 f.

weniger wichtig als die emigrationistischen Aktionen, die sogenannten Palästina-Werke. (Manche Verfasser unterstrichen dabei die Analogie zum polnischen Fall: die Parallelität der idealistischen Freiheitsbestrebungen und des realen Programms der positivistischen Arbeiten). Die diasporischen Gegenwartsarbeiten gewannen noch mehr an Bedeutung als sich die Emigrationschancen verringerten. Man könnte vielleicht sogar provokativ fragen, ob das diasporische Programm für die spätere zionistische Bewegung nicht mehr Bedeutung besaß, als die Emigrationswerke (jedenfalls für die zionistische Mehrheit, denn es gab natürlich radikale Splittergruppen). Da das Staatsparlament durch die Manipulationen der *sanacja* seine Bedeutung als ein Forum der konstruktiven Arbeit immer mehr eingebüßt hatte, hatten sich dessen Bedeutungsschwunde auf die jüdischen parlamentarischen Milieus übertragen – die Bedeutung des Jüdischen Klubs wurde im Jahr 1929 bedeutend ausgehöhlt.<sup>13</sup> Damit wurden die Erwartungen, die man mit zionistischen Aktionen auf diesem Forum verband, enttäuscht – die Politiker wandten sich immer mehr der Selbstverwaltung als einer Alternative zu. Ihr Interesse an der Kommunalarbeit war so sehr ausgeprägt, dass man gebietsweise eine Stagnation der Aktivitäten der zionistischen Parteien beklagte – Parteimitglieder engagierten sich eher in der Selbstverwaltungs- als in der Parteiarbeit.<sup>14</sup> Somit stellt die These vom jüdischen Desinteresse eine hoch ideologisierte Annahme dar, da eine Beteiligung der jüdischen Vertreter an der Kommunalpolitik in einer konstruierten politisch-gesellschaftlichen Situation einfach nicht wahr sein durfte.

### III.

Während die beiden zu analysierenden Städte, Posen und Warschau, politische Zentren der Teilungsgebiete waren, konnte man dies von Krakau nicht behaupten. Die politische Hauptstadt Galiziens befand sich in Lemberg, Krakau führte zwar einen Titel der „hauptstädtischen Stadt“ [miasto stołeczne], in Wirklichkeit war es nur partiell ein administratives Zentrum Westgaliziens. Krakau stilisierte sich zur „geistigen Hauptstadt“ hoch. Damit war gemeint, dass hier in der Zeit der Teilungen Polens stellvertretend für den nicht mehr existierenden Staat die nationalen Traditionen aufbewahrt und gelebt wurden. Darüber hinaus konnte in Krakau die polnische Hochkultur weiter entwickelt und die Tätigkeit der Bildungsinstitute der polnischen Sprache fortgesetzt werden. Der Fall von Krakau ist also mit den beiden anderen Zentren nicht symmetrisch vergleichbar und seine Wahl erfordert eine zusätzliche Erklärung.

Für die Berücksichtigung ausgerechnet dieser Kommune sprach, dass Krakau bis jetzt kaum ein Forschungsgegenstand war – im Unterschied zu Warschau und Łódź, aber auch Lemberg. Die politische Hauptstadt Galiziens war hart umgekämpft und bildete ein Zentrum der ethnischen Konflikte. Schon aus diesem Grund zog es magisch das Forschungsinteresse an. Krakau dagegen wurde gemieden, denn es schien eine langweilige Stadt zu sein: ein Sitz der Professoren, Beamten, Kirchenmänner und Bigotten, ohne nennenswerte Konflikte – jedenfalls zwischen konkurrierenden Ethnien. Im Kontext des

<sup>13</sup> Rudnicki 2004: 271 und 309.

<sup>14</sup> Samsonowska 2005.

polnischen Antisemitismus schien Krakau ohne Bedeutung: es wurde als eine Stadt der polnisch-jüdischen Symbiose tradiert. Charakteristisch war ein niedriger Grad des Antisemitismus der Mehrheitsbevölkerung, breite Akkulturation der Juden zur polnischen Kultur, die Dominanz der loyalen Orthodoxie, die sich angeblich nicht sonderlich für Politik interessierte und ein starker, kompromissbereiter Zionismus der polnischen Sprache.<sup>15</sup>

Andererseits war Krakau in der Autonomiezeit sehr interessant hinsichtlich der dort gepflegten Selbstverwaltungstheorie und -praxis. Die Krakauer urbane Elite war politisch versiert, mehrere Persönlichkeiten dieser Elite bekleideten hohe Landes- und Staatsämter. In diesem Kontext schien es wichtig, dass diese Beamte während ihrer „Dienstzeit“ weiterhin Kontakte zu ihrer Stadt pflegten und deren intellektuelles und politisches Klima beeinflussten. Man sprach vom Realitätsinn und von der Kompromissbereitschaft der Krakauer Konservativen und von ihrem mäßigenden Einfluss auf die Politik des ganzen Kronlands und ihrer Kommune – wenn schon nicht unmittelbar, denn wenigstens ideell. Außerdem hatten Aktivisten des Krakauer Stadtparlaments, z.B. der Stadtpräsident, gleichzeitig Sitze im Wiener Parlament inne (obwohl dies offiziell nicht ging). Die hiesige Jagiellonenuniversität war eine Institution, die sich intensiv mit der Theorie der Selbstverwaltung auseinandersetzte.

Krakau schien außerdem gut die Beispiele der beiden anderen Großkommunen zu ergänzen. Maria Bogucka hat für das Mittelalter ein Modell entwickelt, in dem drei Städte – Krakau, Warschau und Danzig – miteinander behandelt und verglichen wurden, um sie letzten Endes zu einem schlüssigen, komplementären Städtesystem zusammen zu schließen.<sup>16</sup> Für mein Projekt war es von Bedeutung, dass Posen als eine Frontstadt wahrgenommen wurde, die sich im Kampf gegen das Deutschtum und das germanisierte Judentum selbstverwirklichte – später wurde diese Stadt zur Bastion der Nationaldemokratie (*endecja*). Die Warschauer Selbstverwaltung war, da Warschau die politische Hauptstadt der neuen Staatlichkeit wurde, der Staatsraison untergeordnet und unterlag im besonderen Grad dem Interventionismus. Außerdem wurde das Warschauer Stadtparlament eine Arena für alle möglichen Konflikte unterschiedlicher politischer Gruppierungen und war deswegen schwer steuerbar. Im Vergleich zu diesen beiden Großkommunen wurde Krakau als eine den Juden freundliche Stadt wahrgenommen, sein Stadtparlament war ein effizientes Aushandlungsforum der Parteien, denen man eine hohe politische Kultur attestierte. Somit ergänzte Krakau die beiden anderen Kommunen und versprach einen zusätzlichen Aspekt der Problematik verbildlichen zu können.

#### IV.

Krakau gehörte im Rahmen der Monarchie zu einer besonderen Stadtkategorie – der Städte mit eigenem Statut [Statutarstädte].<sup>17</sup> Diese besonderen Statuten mussten zwar mit dem Rahmengesetz übereinstimmen, konnten aber besondere Potentiale der Städte, z.B. in dem Steuersystem, zusätzlich nutzen. Die Besonderheit von Krakau war nicht so

---

<sup>15</sup> Martin 2004.

<sup>16</sup> Bogucka 1995.

<sup>17</sup> Hergert 2005.

sehr seine wirtschaftliche Situation, sondern eher die Stärke der hiesigen intellektuellen Elite, die das Stadtparlament dominieren konnte. Die Statuten bildeten eine Grundlage der Wahlordnung, die zensusmäßig Besitzende und Gebildete privilegierte.

Das erste Stadtparlament wurde 1867 gewählt. Es bestand aus drei Kurien, die man auf der Grundlage der von den Stadtdeputierten gezahlten Staatssteuer und ihrer Bildung aufstellte. Zuerst war das Stadtparlament von den Konservativen majorisiert. Um die Jahrhundertwende wuchs der Einfluss der sogenannten adjektivlosen Demokraten (d.h. nicht Nationaldemokraten), die sich dem Kommunalliberalismus verschrieben. Dieser Wandel widerspiegelte die wirtschaftliche Evolution Galiziens, das sich zu industrialisieren begann, was einen Bedeutungsschwund für den konservativen Landadel bedeutete. Die Liberalen dagegen, die mit Industrien, Handel und mit einem urbanen Umfeld assoziiert waren, wurden immer mächtiger. Diese Liberalen setzten sich für die Urbanisierung Galiziens ein. Ihre Lobby sammelte sich um die Institutionen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, wie die Industrie- und Gewerbekammer und unterschiedliche industriefördernde Vereine, wie beispielsweise die Industrieliga [liga przemysłowa] usw.

Die drei galizischen Industrie- und Gewerbekammern entsandten städtische Deputierte zu einer der Kurien des Landesparlaments, die sogenannte Stadtkurie [kuria miejska], die allerdings im Landesparlament von den Vertretern der Landwirtschaft majorisiert wurde. Im Rahmen der Kammer entwickelte sich eine starke Repräsentanz der jüdischen Industriellen und Kaufmannschaft.<sup>18</sup> Auf den niedrigeren administrativen Ebenen, vor allem in den einzelnen Städten, war die liberale Repräsentanz bedeutender als im Landesparlament, was mit der Stärke der lokalen Wirtschaftsmilieus zusammenhing. Im Krakauer Stadtparlament wurde außerdem eine jüdische Gruppe gut sichtbar, die über eine ausgezeichnete säkulare Ausbildung verfügte und die moderne jüdische *inteligencja* vertrat. Später ist aus diesem Milieu eine Partei der Unabhängigen Juden [Partja Niezawisłych Żydów] um den Juristen Adolf Gross entstanden. Die Wirkung dieser Gruppe ist bis jetzt in der Forschung nur als ein Ausdruck der assimilatorischen Tendenzen im jüdischen Milieu verstanden worden und wartet darauf analysiert zu werden.

In Krakau hing die Chance auf eine Großindustrialisierung der Stadt – d.h. im damaligen Verständnis auf deren positive Entwicklung – von der Aufhebung deren Status als österreichische Festung ab. Damit entstünde eine Möglichkeit die Stadt gebietsmäßig zu vergrößern. Die Bestrebung zur Erweiterung der Stadtgrenzen passte mit den staatlichen Plänen zusammen eine Kanalverbindung zwischen Oder, Donau und Weichsel zu schaffen, die in der Nähe von Krakau, in Płaszów, einen Hafen vorsahen.<sup>19</sup> Der Bau dieses Kanals wurde im Wiener Parlament von einem Krakauer und dem Aktivist der Krakauer Industrie- und Handelskammer, Arnold Rapaport, vorangetrieben. Diese Pläne zerschlugen sich schließlich, aber die Vision einer boomenden Hafenstadt half die Vergrößerung von Krakau zu verwirklichen. Groß-Krakau [Wielki Kraków], das Altkrakau und die eingemeindeten Nachbargemeinden umfasste, hatte seine Verwaltung ausgebaut und neue Vizestadtpräsidentenschaften eingeführt – u.a. die sogenannte wirtschaftliche Vizepräsidentenschaft, die ein Jude ausübte. Der erste jüdische Vizestadtpräsident war Józef Sare (1906), ein Ingenieur, ein Baurat und ein Experte für kommunale Finanzen. Einerseits stimmte diese Vizestadtpräsidentenschaft mit den traditional verstandenen jü-

<sup>18</sup> Kargol 2003.

<sup>19</sup> Kozińska-Witt 2006: 371–404.



dischen Finanzkompetenzen überein und wurde als ein wirtschaftlich-finanzielles Amt verstanden. Andererseits verbildlichte dieser Posten die Tatsache, dass Dank der Industrialisierung Galiziens die Bedeutung der wirtschaftlichen jüdischen Eliten wuchs, was sich in der Gründung der entsprechenden Repräsentanz in der Selbstverwaltung widerspiegelte.<sup>20</sup> Da „jüdische Vizepräsidentenschaften“ nicht nur in Krakau, sondern z.B. auch in Lemberg und Rzeszów existierten, handelte es sich wahrscheinlich um ein breiteres galizisches Phänomen. Es ist mir nicht gelungen eine rechtliche Grundlage für diese Ämter zu finden, es wäre außerdem nicht kompatibel mit dem Rahmengesetz, in dem die Konfession keine Rolle bei den Ernennungen spielen durfte. Höchstens konnte es sich um eine informelle administrative Praxis handeln, die antisemitische Gruppierungen propagandistisch als ein Gewohnheitsrecht darstellten, um dagegen anzukämpfen. Vielleicht spielte bei der Entstehung dieses Amtes speziell in Krakau eine Rolle, dass man den Widerstand der jüdischen Stadtdeputierten hinsichtlich der Eingemeindungsaktion damit verringern wollte. Denn die Eingemeindungen der vorwiegend christlichen Nachbargemeinden (mit Ausnahme von Podgórze i Płaszów), bedeuteten für jüdische Kommunalpolitiker eine zahlenmäßige Schwächung ihrer Wählerschaft und einen Bedeutungsschwund der jüdischen Vertreter im Stadtparlament.

Wie dem auch sei – im Krakauer Stadtparlament existierte eine starke jüdische Repräsentation, die nun über einen Vertreter im Stadtpräsidium verfügte. Die Stärke dieser Repräsentation wird von Łukasz Sroka konstant auf ca. 20% geschätzt.<sup>21</sup> Da Juden ca. 25% der Stadteinwohner ausmachten, entsprach dieser Prozentsatz zwar nicht dem gerechten, gewünschten Anteil, eine solche Argumentationsweise hatte aber in den Zeiten des Zensusprinzips keine Berechtigung. Im Falle der Gewählten zählten sowohl deren überdurchschnittliche Kompetenzen als auch ihre Fähigkeit zu verhandeln und nützliche Bündnisse zu schließen. Das Krakauer Stadtparlament war eine Arena der Eliten, die ihre Privilegien bewachten und verteidigten, da sie daran interessiert waren, die Macht zu behalten. Diese Arena blieb lange ein Refugium der traditionellen, paternalistischen Ordnung und ein Betätigungsfeld der vormodernen elitären Kaderparteien. Ein Grund dafür war, dass man die Provinzselbstverwaltung und die Stadtparlamente länger vor der Demokratisierung abschirmen konnte – das Wiener Parlament musste dagegen schon im Jahre 1907 demokratisiert werden. Dass die jüdischen Stadtdeputierten effektiv arbeiteten, darüber zeugten die Klagen der Krakauer Christ-Demokraten, dass das Stadtparlament von einer „konservativ-liberal-jüdischen Clique“ majorisiert werde. Diese Aussage wies zusätzlich darauf hin, dass im Krakauer Stadtparlament Bündnisse entstanden, die für die liberale Periode typisch waren, da damals Besitzende und Gebildete ohne Berücksichtigung ihrer Konfession generell privilegiert wurden. Diese Privilegierung endete mit der Demokratisierung dieser Institution.

Dieser lange Ausflug in die autonomischen Zeiten war notwendig, denn die Wahlen zum Stadtparlament wurden in Krakau bis zum Jahr 1933 suspendiert (in den Jahren 1924–26 und 1931–33 wurde das Stadtparlament aufgelöst und von einem nominierten Kommissarischen Hilfsrat ersetzt). Da Czesław Brzoza die Wahlen zum Krakauer Stadtparlament detailliert beschrieb und seine Zusammensetzung und die Parteizugehörigkeit

---

<sup>20</sup> Małecki 2002: 53–60.

<sup>21</sup> Sroka 2008.

der Stadtdeputierten kommentierte,<sup>22</sup> möchte ich mich im weiteren Text auf die Interpretation der schon bekannten Tatsachen beschränken.

Die Suspendierung der Wahlen bis 1933 bedeutete, dass „galizische Zeiten“ im Krakauer Stadtparlament mindestens bis 1931 überdauerten. Deswegen wurde das Krakauer Stadtparlament in den mehr als 10 Jahren der Unabhängigkeit weiterhin von einer „konservativ-liberal-jüdischen Clique“ dominiert. Man muss allerdings anmerken, dass schon aufgrund der Biologie mehrere Stadtdeputierte nicht mehr aktiv in den Selbstverwaltungsaktivitäten arbeiten konnten, deswegen hatten sich die Reihen dort gelichtet. Da man das Stadtparlament nicht demokratisierte, überdauerten dort die liberal-zentrischen Gruppierungen, die nach dem Ersten Weltkrieg auf anderen Ebenen, z.B. im Staatsparlament, von den anderen radikaleren Massenparteien der Sozialisten, Nationaldemokraten, Christdemokraten, aber auch Zionisten und Bundisten verdrängt wurden. Deswegen war der Unterschied in der Zusammensetzung der Krakauer Selbstverwaltung und des Staatsparlament größer als sonst üblich, auch wenn man bedenkt, dass die Zusammensetzung der übergeordneten und lokalen Organe nie übereinstimmt.

Das Krakauer Stadtparlament und vielleicht auch allgemein die Selbstverwaltungen im ehemaligen Galizien bildete in dieser Hinsicht eine Ausnahme, denn die Selbstverwaltungen der beiden weiteren ehemaligen Teilungsgebiete wurden in der Zweiten Republik von Anfang an demokratisiert. Somit wurden sie nicht nur egalisiert. Viel mehr ließ man die Teilnahme der Vertreter der bis dahin marginalisierten Milieus zu. Diese Vertreter waren unerfahren in der öffentlichen Politik, was ihre Arbeit ineffektiv machte. So schien sich das anachronistische Krakauer Stadtparlament in dieser Hinsicht positiv von den demokratisierten Institutionen der modernen Selbstverwaltung zu unterscheiden.

Die Massenparteien zogen in das Krakauer Stadtparlament erst durch die Nominierungen des Kommissarischen Hilfsrates (1924 und 1931) und später durch die Demokratisierung der Wahlordnung in den Wahlen 1933 ein. Diese letzte Demokratisierung wurde damals heftig kritisiert, denn die Wahlen 1933 waren im hohen Grade von *sanacja* manipuliert. Man übte Druck auf Beamten und Angestellte aus, die nur in der Verwaltung ihr Auskommen finden konnten und deswegen besonders anfällig und leicht manipulierbar waren, vor allem in einem Verwaltungszentrum wie Krakau. An dieser Stelle muss noch daran erinnert werden, dass diese Wahlen nicht lange nach dem Krisenjahr 1929 durchgeführt wurden, als alle familiären Ressourcen schon aufgebraucht waren und man staatlicherseits Sparprogramme verkündete, die Entlassungen bedeuteten.

Da aber Juden normalerweise arbeitsmäßig diskriminiert wurden und in der Regel keine Stellen im Staatsdienst bekleideten, war die Motivation der jüdischen Wählerschaft bei der Unterstützung der *sanacja* eine andere. Wahrscheinlich gab es damals keine Wahlalternative: Sozialisten wurden marginalisiert, Christdemokraten und Nationaldemokraten eigneten sich nicht als „Vertreter der Juden“. *Sanacja* betonte außerdem ihr staatliches und nicht nationales Verständnis der Bürgerschaft und benutzte in den Programmen keine ethnische Argumentation. Nach den Wahlen im Jahr 1933 fand sich im Stadtparlament eine Vertretung der sogenannten *sanacja* – nahen Neoassimilationisten und Zionisten ein – die liberalen Vertreter sind dafür gänzlich verschwunden, so wie im Fall von nicht-jüdischen liberalen Gruppierungen. Sowohl die Unterstützung

---

<sup>22</sup> Brzoza 2010: 213–240.

für die *sanacja*, als auch ein Bündnis der Zionisten mit der Orthodoxie erwiesen sich für die jüdischen Politiker als günstig, denn sie bekamen wieder 20% Sitze im Stadtparlament.

Die Anwesenheit der modernen Parteien im Stadtparlament manifestierte sich durch einen neuen Beratungsstil: der Ton der Reden war schärfer und mehr „national“ geworden. Da die Nationaldemokratie traditionell im Krakauer Stadtparlament eine geringe Rolle spielte, waren es hauptsächlich Christdemokraten, die gegen Juden hetzten. Die Zionisten dagegen wollten nicht mehr nur redegewandt von der Notwendigkeit der Berücksichtigung der Forderungen der jüdischen Einwohner überzeugen, sondern sie forderten diese Berücksichtigung ein, indem sie auf den hohen Prozentsatz dieser Bevölkerung in der Stadtbevölkerung hinwiesen und die Summe der von ihnen gezahlten Steuer erwähnten. Jüdische Parteien rivalisierten untereinander im Stadtparlament, so dass diese Beratungen jeglichen Wahrheitsgehalt der These von der „jüdischen Solidarität“ entbehrten. Es konnte keine Verständigung zwischen Zionisten und Bundisten geben, so wenig wie zwischen Sozialisten und Christdemokraten. Die Gründe dafür waren auch ähnlich: Klassen- und Nationenbewußtsein schlossen sich gegenseitig aus.

Während die jüdischen Gruppierungen um den Titel der wahren Vertretung der jüdischen Interessen im Stadtparlament miteinander rivalisieren, für die Christdemokraten waren es nur die Zionisten, denen man das Recht dazu zutraute. Denn die Zionisten waren, im Unterschied zu den liberalen jüdischen Parteien, modern, jung dynamisch, aggressiv und national (Bund war in Krakau sehr schwach). Die Zionisten und Christdemokraten unterstützten außerdem beide die Emigrationsprogrammatik.

Sowohl Zionisten, als auch Christdemokraten nützten propagandistisch die Tatsache aus, dass ein Jude den Posten des Vizepräsidenten innehatte, um diese Stellung als eine offizielle „jüdische Vizepräsidentschaft“ zu interpretieren – ein Beweis dafür, dass ein hohes Amt vom Juden ausgeübt werde, allein deswegen, weil er ein Jude sei. Diese Argumentation war neu, denn Liberale hätten nie so argumentiert. Die Zionisten waren daran interessiert, dieses Amt offiziell so zu definieren, denn es hatte einen großen Respektzugewinn für einen jüdischen Vertreter und die von ihm repräsentierte Bevölkerung bedeutet. Für Christdemokraten war das eher ein Argument um die „jüdische Bedrohung“ zu veranschaulichen und ein Aufruf alles zu unternehmen, um sie zu verhindern.

Nach dem Tod von Józef Piłsudski im Jahre 1935 wuchs die Aggressivität der antijüdischen Argumentation im Krakauer Stadtparlament. Da man die gleiche Tendenz im Staatsparlament beobachtete, wo die Mächtigen-Piłsudski-Nachfolger miteinander konkurrierten. Sie übernahmen den Ton und die Argumentation des nationalistischen Diskurses, um sich damit gesellschaftliche Unterstützung zu sichern. Wahrscheinlich fühlten sich die Antisemiten im Krakauer Stadtparlament vom Geschehen in Warschau ermuntert und folgten dem Beispiel von oben. Viel spricht dafür, dass man mit dieser antisemitischen Rhetorik, aber auch mit den antisemitischen Gesten eine Konsolidierung der nationalen Parteien vorantreiben wollte, um eine neue gesellschaftlich breit verankerte Regierungspartei ins Leben zu rufen. Ein Unterzweig dieser Partei sollte auch im Krakauer Stadtparlament die Führung übernehmen. Da die Juden in der Vergangenheit Piłsudski und *sanacja* unterstützen und im Rahmen von der Piłsudski-Regierungspartei [BBWR] einen eigenen Klub gründeten, rechtete man jetzt auf ihre Kosten mit den vergangenen Staatseliten ab. Scheinbar nach dem Tod des zweiten jüdischen Vizepräsi-

dentem, Ignacy Landau (1934), eigentlich aber erst nach dem Tod von Piłsudski, wurde die „jüdische Vizepräsidentschaft“ gänzlich gestrichen, was mit den notwendigen Einsparungen erklärt wurde. Zwar war die Sparpolitik notwendig und mehrere Ämter in der Selbstverwaltung wurden damals eingespart, aber die Abschaffung gerade dieses Postens schloss Juden gänzlich aus dem Präsidium aus und schmälerte die Möglichkeit ihre Interessen dort zu vertreten. Seit 1935 gehörte die Wiedereinführung der „jüdischen Vizepräsidentschaft“ zur ständigen Forderung der Mehrheit der jüdischen Stadtdeputierten (aber nicht der Bundisten!).

Der Kampf um die jüdische Vizepräsidentschaft, Pogrome im Jahr 1936, die Niederschlagung der Krakauer Streikaktion im gleichen Jahr, die Verurteilung der Anführer, der Marsch nach Myślenice in der Nähe von Krakau, der von dem glühenden Nationalisten Adam Doboszyński veranstaltet wurde, die Verurteilung Doboszyńskis, die Diskussionen über das Schächten, die Arisierung der Advokatur und weiteren Berufsgruppen, die Forcierung der Emigration samt den Plänen „die Städte zu entjuden“, das alles führte dazu, dass sich die jüdischen Stadtdeputierten untereinander konsolidierten – allerdings blieben manche Gruppe weiterhin außerhalb dieser gemeinsamen Plattform. Die Konsolidierung wurde von den Zionisten vorangetrieben und von ihnen angeführt. In diesem Rahmen fanden sich neben den Zionisten sowohl die alten Assimilatoren (u.a. der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Rafał Landau), als auch die sogenannten Neoassimilatoren samt den Orthodoxen.

Diese Konsolidierung war eine Begleiterscheinung des allgemeinen Bewußtseinswechsels der Gesellschaft. Im ganzen Staat machte sich eine Überdrüssigkeit mit der hohen Politik breit, die die Sinnlosigkeit der politischen Debatten unterstrich und die sowohl die platte antijüdische Argumentation, als auch die Konkurrenzkämpfe im Regierungslagern verpönte. Auf dieser Welle wurden lokale Bewegungen gegründet, die sich dem Antisemitismus massiv widersetzen und auf die Verständigung mit den jüdischen Parteien hinarbeiteten, z.B. die Demokratische Fraktion [Stronnictwo Demokratyczne]. Die Quellen sprechen von einem Optimismus und einem spürbaren Bedürfnis einer Tat [potrzeba czynu], die sich in einer Suche nach konkreten Umsetzungsstrategien manifestierte. Nach mehreren mageren Krisenjahren begann sich endlich die wirtschaftliche Situation zu bessern.

Dass es nicht genügt antisemitische Argumente zu verwenden, um sich die gesellschaftliche Unterstützung zu sichern, erfuhren schmerzlich die Regierungsparteien in den letzten Selbstverwaltungswahlen im Dezember 1938. Ihre Programme waren außer Stande einen tiefen Graben zwischen „wir-Regierenden“ und „ihr-Gesellschaft“ zu überbrücken. Da diese Wahlen ohne Manipulationen durchgeführt worden sind, werden sie manchmal als eine Messlatte der authentischen Gesellschaftsbefindlichkeiten verstanden.

In Krakau siegten „Sozialisten und Juden“, womit das oben erwähnte Bündnis der Zionisten von Alt- und Neo-Assimilationisten und Orthodoxie gemeint war. Damit wurde, laut der nationalistischen Milieus, die Tradition der Zusammenarbeit der Milieus erneuert, die früher die Kommune dominierten. Der Sieg der „Sozialisten und Juden“ wurde dadurch begünstigt, dass es damals den nationalen Milieus nicht gelang, sich rechtzeitig zusammenzuschließen und gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Das Übergewicht der „Sozialisten samt Juden“ über die Nationalen im Stadtparlament war allerdings so gering ausgefallen, dass es nicht möglich war, irgendetwas zu beschließen, denn alle Beschlüsse konnten von der Opposition angefochten werden. Diese Situation

machte keine der beiden Seiten glücklich, beide Lager arbeiteten auf neue Wahlen hin. Die sinnlosen Debatten und Streitereien charakterisierten die Arbeiten der Krakauer Selbstverwaltung bis zur ihrer Auflösung im Jahr 1939.

## **Fazit**

Krakauer Juden waren durchaus daran interessiert, sich in der Selbstverwaltung zu betätigen, da sie dadurch die politischen Konditionen und die Lebensbedingungen in ihrer Stadt mitgestalten konnten. Jüdische Stadtdeputierte bildeten ein wichtiges kommunalliberales Milieu. Im Stadtparlament konnten sie frei ihre Postulate hinsichtlich der erwünschten Entwicklung der Stadt formulieren (Industrialisierung), aber auch die Angelegenheiten vorbringen, die nur die jüdischen Stadteinwohner betrafen. Als Vertreter der jüdischen Bevölkerung waren sie immer in einer Minderheit. Die Durchsetzung ihrer Postulate hing deswegen im hohen Grade von den Bündnissen ab, die sie mit den Vertretern der Mehrheitsgesellschaft schlossen, um die nötige Anzahl der Stimmen zu bekommen. Ohne diese Unterstützung wäre das Stadtparlament wahrscheinlich ein Forum der ungebändigten Rhetorik geblieben, die jedoch kaum zur Berücksichtigung der Forderungen geführt hätte.

Andererseits besaßen jüdische Vertreter eine starke Position im Stadtparlament und waren ein gewünschter Partner für manche Gruppierungen dort, nicht nur hinsichtlich der eventuellen zusätzlichen Stimmen, aber auch als Vertreter von ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Positionen. Dies war die Basis der langjährigen, inhaltlichen Zusammenarbeit, von der beide Seiten profitieren konnten.

Der Erfolg in der Kommunalpolitik hing von den taktisch klug geführten Verhandlungen und von den dort beschlossenen Kooperationen ab, die man als Elemente der lokalen Integrationsstrategien begreifen kann. Die Art und Weise, auf der man jüdische Vertreter in der Krakauer Selbstverwaltung behandelte, unterschied sich sehr von der Art ihrer Behandlung im Staatsparlament. Wahrscheinlich könnte man diese Beobachtung auf andere Stadtparlamente ausdehnen, wo die Angelegenheiten der jüdischen Stadteinwohner sowieso stärker präsent und weniger diskriminatorisch erledigt waren als im Staatsparlament. Obwohl die Beratungen im Staatsparlament das Klima im Krakauer Stadtparlament beeinflussten, kann man trotzdem davon sprechen, dass es bis zum Ende der hiesigen Selbstverwaltung spezifische Krakauer Traditionen gab: z.B. in Form einer Kooperation der hiesigen Sozialisten mit den Zionisten, die eher zustande kam, als eine Kooperation der Zionisten mit den Bundisten. Hinsichtlich der Weltanschauung konnte es allerdings diese Kooperation eigentlich nicht geben.

Dieser Befund spricht dafür, dass man Krakau tatsächlich als eine der Juden wohlgeonnene Stadt wahrnehmen könnte. Die Krakauer Kommunaleliten schienen sich jedenfalls nicht mit dem Antisemitismus zu identifizieren. Es ist allerdings möglich, dass diese positive Stadtwahrnehmung nur ein Image ist und nur einen Mythos wiedergibt. Denn diese Wahrnehmung beruht darauf, dass man viele, unbequeme Ereignisse der Krakauer

Geschichte außer Acht lässt: die antijüdischen Ereignisse 1918–19,<sup>23</sup> Bombenanschläge 1923, Streiks 1936, sog. „Herbstmanöver“ der Krakauer Studenten [manewry jesienne] und die Stellungnahmen der Katholische Kirche, und hier vor allem die Reden des so würdigen und verehrten Erzbischoffs Adam Sapieha.<sup>24</sup> Von dieser Sicht geblendet, hat man sich bis jetzt mit dem antisemitischen Milieu in Krakau nicht beschäftigt, obwohl es existierte und das Leben der Kommune beeinflusste. Erst wenn man dunkle Seiten der Krakauer Geschichte aufarbeitet und die Kommunalpolitik bezüglich der jüdischen Einwohner mit anderen Städten vergleichen würde, könnte man behaupten, dass Krakau in dieser Hinsicht eine besondere Stadt sei. Heutzutage kann man besten Falls behaupten, dass sich die Vorgänge im Krakauer Stadtparlament deutlich von denen im Staatsparlament unterschieden.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Bacon, G.C. (1992): Rabbis and Politics, Rabbis in Politics: Different Models within Interwar Polish Jews, *YIVO Annual* 20: 39–59.
- Bacon, G.C. (1996): *The Politics of Tradition. Agudat Yisrael in Poland, 1916–1939*, Jerusalem.
- Bogucka, M. (1995): Krakau – Warschau – Danzig. Funktionen und Wandel von Metropolen 1450–1650, in: *Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*, Berlin.
- Brzoza, Cz. (2010): Jewish Participation in the Elections to Kraków City Council during the Inter-War Period, *Polin* 23: 213–240.
- Galas, M., Polonsky, A. (2010): Introduction, *Polin* 23: 3–48.
- Golczewski, F. (1991): *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Europa*, Wiesbaden.
- Hergert, B. (2005): *Die Selbstverwaltung Krakaus 1866–1915. Ein rechetischer Beitrag zur Bedeutung der Statutarstädte in der Habsburger Monarchie, (Regensburger Hefte zur Geschichte und Kultur im östlichen Europa – 2)*, Regensburg.
- Kargol, T. (2003): *Izba Przemysłowo-Handlowa w Krakowie w latach 1850–1939*, Kraków.
- Kozińska-Witt, H. (2006): Die galizische Selbstverwaltung und der unternehmerische Geist. Das Problem der öffentlichen Wirtschaftsförderung in einem rückständigen Kronland – ein Versuch, in: J. Gebhard et al. (hgs.), *Unternehmer im Russischen Reich. Sozialprofil, Symbolwelten, Integrationsstrategien im 19. und frühern 20. Jahrhundert*, Osnabrück: 371–404.
- Kozińska-Witt, H. (2008): Jewish Participation in Autonomous Administration. Kraków – Poznań in the Second Polish Republik, *Yearbook Simon-Dubnow Institut* 7: 189–213.
- Kozińska-Witt, H. (2009): *Krakau in Warschaws langem Schatten. Konkurrenzkämpfe in der polnischen Städtelandschaft 1900–1939, (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa – 30)*, Stuttgart.
- Kozińska-Witt, H. (2011a): Żydzi w poznańskiej Radzie Miejskiej. Uwagi wstępne, *Studia Historica Slavo-Germanica* 28: 225–244.
- Kozińska-Witt, H. (2011b): Warschau und „seine Juden“: Die Kommunalpolitik und jüdisch-polnische Wechselbeziehungen im Warschauer Stadtparlament in der Zweiten Polnischen Republik, 1919–1939, *Jahrbuch des Simon-Dubnow Instituts* 10: im Druck.

<sup>23</sup> Alle diese Fakten sind erwähnt in: Galas, Polonsky 2010: 3–48. Die antijüdischen Ausschreitungen sind thematisiert in: Golczewski 1991.

<sup>24</sup> Pollmann 2001.

- Małecki, J.M. (2002): Udział Żydów w organach samorządowych większych miast galicyjskich na początku XX wieku, in: K. Ślusarek (hg.), *Polska i Polacy w XIX i XX wieku. Studia ofiarowane Profesorowi Mariuszowi Kulczykowskiemu w 70. rocznicę Jego urodzin*, Kraków: 53–60.
- Martin, S. (2004): *Jewish Life in Cracow 1918–1939*, London–Portland.
- Mendelson, E. (1989): Jewish Politics in Interwar Poland: An Overview, in: Y. Gutman et al. (hgs.), *The Jews of Poland between Two World Wars*, Waltham: 9–19.
- Mendelson, E. (2007): Zwischen großen Erwartungen und bösem Erwachen: Das Ende der multinationalen Reiche in Ostmittel- und Südosteuropa aus jüdischer Perspektive, in: D. Dahlmann, A. Hillbrenner (hgs.), *Zwischen großen Erwartungen und bösem Erwachen. Juden, Politik und Antisemitismus in Ost- und Südosteuropa 1918–1945*, Paderborn: 13–51.
- Nesemann, F. (2005): Minderheitendiplomatie – Leo Motzkin zwischen Imperien und Nationen, in: D. Diner (hg.), *Synchrone Welten. Zeiträume jüdischer Geschichte, (Essays zur jüdischen Geschichte und Kultur – 1)*, Göttingen: 147–171.
- Opalski, M., Bartal, I. (1992): *Poles and Jews. A failed Brotherhood*, Hannover.
- Pickhan, G. (2001): „Gegen den Strom“. *Der allgemeine Jüdische Arbeiterbund „Bund“ in Polen 1918–1939*, (Schriften des Simon-Dubnows-Instituts Leipzig – 1), Stuttgart–München.
- Pollmann, V. (2001): *Untermieter im polnischen Haus: die Kirche und die „jüdische Frage“ in Polen anhand der Bistumsprelle der Metropole Krakau 1926–1939*, (Jüdische Kultur – 9), Wiesbaden.
- Rudnicki, Sz. (2004): *Żydzi w parlamencie II Rzeczypospolitej*, Warszawa.
- Samsonowska, K. (2005): *Wyznaniowe gminy żydowskie i ich społeczności w województwie krakowskim (1918–1939)*, Kraków.
- Sroka, Ł.T. (2008): *Żydzi w Krakowie. Studium o elicie miasta 1850–1918*, Kraków.

